

Auch Friedrich Merz ist gegen das Gendern

Giorgia Meloni: „Der Ministerpräsident gibt sich moderat“ und „Melonis Agenda“, FR-Politik v. 26.10. und -Meinung v. 24.10.

Biedersinn und Selbstgerechtigkeit

Die desolante Lage der italienischen Politik sorgt immer wieder für ein Wiederkehr-Erlebnis. Entscheidend für das nationalistisch unterfütterte Querdenker-, Corona-Leugner und Irrlichter-Szenen-Milieu ist der Irrationalismus und Antiintellektualismus – dem, wie bekannt, Theodor W. Adorno spinnefeind war. Schopenhauer schrieb in den Aphorismen zur Lebensweisheit: „Jede Nation spottet über die andere, und alle haben recht“. Damit sind wir Deutschen mit betroffen.

Italien erscheint, obgleich es aus dem Römerland hervorstieg, mit der gesamten Reihe der aktuell grassierenden multiplen Geistesverwirrungen beschlagen. Worauf ich hinaus möchte: Es ist eine der größten Tragödien gewesen, dass das Römische Reich untergegangen ist, trotz aller humanitären Schwächen, die es prägten. Selbst die Renaissance war eine Ausnahmeerscheinung, die sich nicht auf dem gesamten europäischen Kontinent zu etablieren vermochte. Es hat etwas Tragisches, dass die schlafenden Ungeheuer der Vergangenheit und Gegenwart jederzeit und an jedem Ort gleichsam wie aus dem Inferno eines Dante in Gestalt eines weltlichen Luzifer – wie gegebenenfalls auch einer Luziferia – aus der einsamen Menge hervorstiegen können. Durch den Untergang des Römischen Reiches ist die Wehrmauer gegen das gewaltbereite und mörderische Schlangengezücht, das die Römer über lange Strecken im Griff halten konnten, zusammengebro-

chen. Das sich durch Biedersinn und Selbstgerechtigkeit – hinsichtlich der mit seiner Agenda verbundenen wahren Absichten betreffs Gewalt gegen Tier, Mensch und Natur – zu tarnen weiß. Heinz Markert, Frankfurt

Wir sind keinen Deut besser

Italien hat einen neuen Ministerpräsidenten, Giorgia Meloni, eine bekennende „Post“-Faschistin. Das ist schlimm, und der Umstand, dass bei Orbán in Ungarn, der PIS in Polen, und der AfD in Deutschland die Prosecco-Korken knallen, verheißt nichts Gutes. Die deutsche Öffentlichkeit nimmt aber sehr schnell erleichtert zur Kenntnis, dass anscheinend auch in der guten italienischen Küche nichts so heiß gegessen wird, wie gekocht. Meloni mag die EU (zumindest ein bisschen), sie ist solidarisch mit der Ukraine, und das mit den Sprachmarotten ist doch auch kein Problem, schließlich ist Herr Merz ja auch gegen das Gendern. Aber da sind noch diese anderen Fratelli d'Italia, LaRussa und Fontana, ersterer hat eine Mussolini-Statue im Wohnzimmer und letzterer ist vielleicht sogar ein Putin-Fan, nunmehr Chefs der beiden Parlamentskammern in Rom? Ein Grund zur Sorge ist das sicher nicht. Schließlich haben wir ja auch kein Problem damit, dass der Mussolini Gesinnungs-genosse, Bandera sich allerhöchster Wertschätzung in der heutigen Ukraine erfreut.

Und wie geht das alles zusammen? Ganz einfach: „My Country First“ ist die Maxime,

nach der die Polen am liebsten sofort mit der Nato in Russland einmarschieren würden, die heimische Wirtschaft ist Prio 1 für Orbán und die AfD, und Italien ist entschlossen, es den anderen gleich zu tun und zuerst an sich selbst zu denken. Hören wir also auf, so zu tun, als seien wir besser. Hans Blaschke, Bad Vilbel

Diskussionskultur wird gründlich verdorben

Es ist ohne Zweifel bedenklich, wenn in Italien eine Ministerpräsidentin gewählt wird, die sich noch nicht eindeutig von der faschistischen Vergangenheit ihres Landes distanziert. „Neofaschistisch, nationalistisch, protektionistisch“, das lässt nicht unbedingt Gutes für Europa ahnen. Man darf deshalb auch mit Recht wie Dominik Straub irritiert die seltsamen „ministeriellen Neugründungen“ in ihrer Regierung kommentieren. Ärgerlich aber ist die verquere Logik, als Bestätigung der faschistischen Orientierung Eugenia Roccella anzuführen, die „militante“ Gegnerin von Abtreibung, eingetragenen Partnerschaften und Sterbehilfe sei. Ist jeder entschiedene Abtreibungsgegner damit „neofaschistisch“? Das Wort „Lebensschützer“ ist bereits zum Schimpfwort geworden. Mit derselben verheerenden Logik rechtfertigt Patriarch Kyrill Putins Angriffskrieg: Er will keine Schwulen- und Lesbenpartys in Russland. Hier wie dort hat das eine mit dem anderen nicht das Geringste zu tun. Die Kultur der demokratischen Diskussion wird gründlich verdorben. Erhard Schulz, Meckesheim



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20221031

Gefahr durch Extremismus aus der „Mitte“

OB-Wahl in Tübingen: „Versöhnliche Töne“ und „Kein Rückfall, bitte“, FR-Politik und Meinung vom 25. Oktober

Boris Palmer wird sich nicht ändern

Boris Palmer hat zwei Facetten. In Tübingen ist er ein völlig kompetenter Oberbürgermeister mit hervorragender Bilanz. Er ist aber auch der Sohn von Helmut Palmer, dem als Remstal-Rebell bekannten unkonventionellen, provokant auftretenden Einzelkämpfer gegen staatliche Bevormundung aus dessen Sicht. Offenbar haben die in Tübingen Wählenden sich nach seinen Leistungen vor Ort entschieden und nicht nach seinen dem Vater nachempfundenen Provokationen, die insbesondere die Grünen geärgert haben.

Zu erwarten, Boris Palmer sollte nicht in alte Muster zurückfallen, erscheint mir wenig realistisch. Wie er ist, ist nun einmal biographisch ableitbar. Es wäre zielführender, die Grünen würden versuchen, mehrdeutige Situationen und widersprüchliche Handlungsweisen zu ertragen. Ambiguitätstoleranz ist die Fähigkeit, Mehrdeutiges und Widersprüchliches auszuhalten, und nicht nur beim Blick auf Boris Palmer hilfreich.

Ambiguität zeigt sich nämlich auch bei den Grünen selbst,

deren Unterstützung von oben für die offizielle Gegenkandidatin der Partei in Tübingen doch sehr überschaubar war.

Siegfried Kowallek, Neuwied

Die Verfehlungen der politischen Kaste

Boris Palmer, der mehrfach durch rassistische, sexistische und rechtspopulistische Provokationen aufgefallen ist, wird von 52,4 Prozent der Tübinger WählerInnen erneut zum Oberbürgermeister gewählt. Dieses Ergebnis bestätigt die Befunde der Mitte-Studie 2020/2021 der Universität Bielefeld, die aufzeigen konnte, dass es in der sogenannten „Mitte“ häufig Sympathien für rechtspopulistische bis rechtsextreme Ansichten gibt. So stimmten z.B. fast 25 Prozent der Befragten dem Satz zu: „Im nationalen Interesse können wir nicht allen die gleichen Rechte gewähren“. 20 Prozent der Befragten sind der Meinung, es würde zu viel Rücksicht auf Minderheiten genommen.

Die Gefahren, die vom „Extremismus der Mitte“ ausgehen, werden unterschätzt. Rechtsextreme Parteien wie die AfD profitieren von Politikern wie Pal-

mer oder Merz („Sozialtourismus“). Verstärkt werden diese Effekte durch rechtspopulistische Medienbeiträge, und es ist sicher kein Zufall, dass Jasper von Altenbockum in der FAZ Palmers Wahlsieg bejubelt.

Während in Tübingen rechtspopulistische Äußerungen nicht zur Abwahl des OB, sondern zu seiner Wiederwahl führen, läuft in Frankfurt ein Abwahlverfahren gegen den OB, der ebenfalls durch eine sexistische Äußerung unangenehm aufgefallen ist und insgesamt fragwürdig und ungeschickt agiert und kommuniziert hat. Gemessen an dem, was sich in Deutschland PolitikerInnen erlauben konnten, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen, sind die Verfehlungen von Peter Feldmann eher durchschnittlich. CDU- und CSU-PolitikerInnen, die sich mit Maskendeals die Taschen füllten, können nicht mal strafrechtlich belangt werden. Politiker wie Koch und Bouffier sind trotz zahlreicher Vergehen und politischer Fehlentscheidungen nie belangt worden. Scheuer hat gelogen und gegen Gesetze verstoßen und muss vermutlich keine Konsequenzen befürchten. Um nur einige Beispiele zu nennen. Hermann Roth, Frankfurt

Schluss mit der Debatte!

Der Kanzler sagt Basta: „Das „Scholz-Wort“, FR-Meinung vom 20.10.

Dem Ende der politischen Streitfrage über Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken muss jetzt das Ende der Atomkraftdiskussion folgen. Aktuell sind noch rund sechs Prozent Atomstrom im Netz. Die Diskussion suggeriert aber, es wären 94 Prozent. 3,5 Monate längere Laufzeiten sind kein Problem für die grüne Partei-Basis. Denn es werden keine neuen Brennstäbe gekauft! Das AKW Emsland hat zudem kaum noch brauchbare Brennstäbe. Isar II bleibt wegen beschädigter Ventile einige Tage/Wochen offline, und der Anfall von Atom Müll hat endlich ein Enddatum: 15. April 2023.

Was jetzt folgen muss: Gerade im Norden darf Windstrom nicht abgeregelt werden. Dort gehören so schnell wie möglich Windstromelektrolyseure gebaut, um Ökogas zu erzeugen, das direkt in die Gasreserve geleitet wird. Jedes Gasmolekül, das nicht aus fremden Staaten mit Problemen zur Einhaltung der Menschenrechte stammt oder aus extrem umweltfeindlichem und CO₂-intensivem Fracking importiert wird, erhöht die Energieunabhängigkeit und senkt den CO₂-Anstieg!

Jetzt muss der politische Wille zum Klimaschutz und der Ausbau der Erneuerbaren Energien schnell umgesetzt werden, aber bitte ohne Richtlinienkompetenzen in Anspruch zu nehmen. Wir sind in einer Kriegslage und müssen die Energiewende umgehend auf die Füße stellen. Dazu gehört auch 100 Prozent Diskussion. Das ist der Mittelfinger für Putin und gleichzeitig ein gigantischer Konjunkturmotor.

Menschen und Institutionen, welche die dramatische Lage der Klimakrise immer noch nicht verstanden haben, sollten sich endlich den Energieerzeugungs- und Verteilungsproblemen widmen. Das gilt für die immer noch starke konservative Wirtschafts- und Atomlobby (u.a. CDU-Wirtschaftsrat), den Klimaschutzgegner Dobrindt, der ernsthaft eine Neuaufgabe der Atomkraftfrage forderte, und besonders: klassische TV-, Print- und Online-Medien. Durch den Systemwechsel haben wir eine realistische Chance, lebensfähige Umweltbedingungen zu erhalten. Jürgen Eiselt, Frankfurt

Was hat die CDU eigentlich anzubieten?

Die Energiekrise ist durch die 16 Jahre CDU-Regierung erheblich mit verschuldet. Erneuerbare Energien zu fördern war in dieser Zeit nicht so im Fokus, wie es notwendig gewesen wäre. Jetzt ruft der BDI-Präsident Russwurm, der übrigens „Maßhalten“ ruft, aber selbst in Saus und Braus lebt, nach der Energie aus Fracking-Gas. Da kann sich Herr Spahn und die CDU nicht zurückhalten und muss sich anbieten. Wie erbärmlich! Und Herr Spahn sieht sogar das Ende der Ampel-Koalition! Was hat denn die CDU eigentlich zu bieten? Albert Henkel, Wehrheim

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Krieg in Europa – das transatlantische Bündnis nach Russlands Krieg gegen die Ukraine“. Mit Bascha Mika (FR-Autorin), Dominik Tolsdorf (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) und Reinhard Veser (FAZ).
Donnerstag, 3. November, 19 Uhr
Evangelische Akademie, Römerberg 9, Frankfurt

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Heile und herrsche! Eine gesundheitspolitische Tragödie“. Anschließend Diskussion.
Donnerstag, 3. November, 19.30 (hr)
Haus am Dom, Frankfurt